

17.11.98

Gesetzesantrag
des Freistaates Bayern

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zuständigkeiten in der
gesetzlichen Rentenversicherung (Zuständigkeits-Änderungs-
gesetz - ZÄG)**

DER BAYERISCHE MINISTERPRÄSIDENT München, den 17. November 1998
B III 1 - 1 - 2992

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Hans Eichel

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Bayerische Staatsregierung hat beschlossen, den

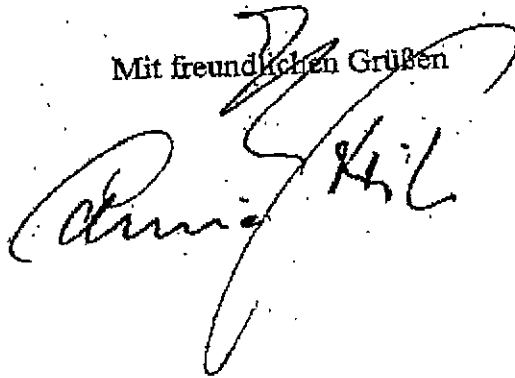
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zuständigkeiten in der ge-
setzlichen Rentenversicherung (Zuständigkeits-Änderungsgesetz - ZÄG) -
BR-Drs. 252/97 (Beschluß) (Grunddrs. 262/96),

dessen Einbringung beim Deutschen Bundestag bereits in der Sitzung vom
16. Mai 1997 beschlossen wurde, in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundes-
tages weiterzuverfolgen.

Ich bitte, den Gesetzentwurf gemäß § 36 Abs. 2 GOBR auf die Tagesordnung der
732. Sitzung am 27. November 1998 zu setzen und eine Beschlußfassung ohne

vorherige Ausschlußberatungen für eine erneute Einbringung durch den Bundesrat gemäß Art. 76 Abs. 1 GG herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Rüdiger Hil". The signature is written in a cursive style with a large, sweeping initial "R" and a distinct "Hil" at the end.

26.02.99

Gesetzentwurf des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zuständigkeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung (Zuständigkeits-Änderungsgesetz - ZÄG)

Der Bundesrat hat in seiner 735. Sitzung am 26. Februar 1999 beschlossen, den

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zuständigkeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung

(Zuständigkeits-Änderungsgesetz - ZÄG)

gemäß Artikel 76 Abs. 1 des Grundgesetzes beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Der Beschluß hat den Gesetzentwurf in der vom Bundesrat am 16. Mai 1997 beschlossenen Fassung zum Inhalt - Drucksache 252/97 (Beschluß).*)

*) Von einem nochmaligen Umdruck wird abgesehen.